

Ringeln um Fussfessel

Elektronisch überwachter **Strafvollzug** ist weiterhin umstritten

Die Erfahrungen mit elektronisch überwachtem Strafvollzug sind in den Versuchskantonen durchwegs sehr gut. Trotzdem tut sich der Bund schwer, Electronic Monitoring definitiv einzuführen. Nächstens muss der Bundesrat entscheiden.

JÖRG SOHM

Seit sieben Jahren gibt es auch in der Schweiz Delinquenten, die ihre Strafe zu Hause verbüßen – elektronisch überwacht durch eine Fussfessel. Über 2000 Personen haben das schwarze Kästchen bisher am Fussgelenk getragen, das sicherstellt, dass sie sich zu den mit den Vollzugsbehörden vereinbarten Zeiten zu Hause aufhalten. Die Modellversuche mit Electronic Monitoring (EM) im Kanton Bern und den sechs anderen Versuchskantonen sind längst abgeschlossen und ausgewertet. Die Erfahrungen sind überall sehr gut.

Trotzdem ist weiterhin unklar, ob diese alternative Form der Strafverbüßung in der Schweiz definitiv eingeführt wird. Der Bund hat den Entscheid immer wieder hinausgeschoben. Zuletzt diesen Herbst, als EM nicht in die Verordnung zum revidierten allgemeinen Teil des Strafrechtsgesetzes aufgenommen wurde, der Anfang 2007 in Kraft tritt.

Kopfschütteln in den Kantonen

Jüngst hat der neue Chef im Bundesamt für Justiz, Michael Leupold, seine Skepsis gegenüber EM nun sogar öffentlich kundgetan: Der «SonntagsZeitung» sagte er am Wochenende, er frage sich, wie die Fussfessel Platz im neuen Sanktionsystem haben solle. Weil künftig statt kurzer Haftstrafen bis sechs Monate grundsätzlich eine Geldstrafe oder gemeinnützige Arbeit eingehängt werden muss, fehle die «geeignete Klientel» für den Vollzug mit der Fussfessel. Leupold signalisierte zudem, dass er die Fessel nicht als echte Strafe betrachte: Es verstosse gegen die Rechtsgleichheit, dass Delinquenten heute nur in sieben Kantonen in den «Genuß» dieser Vollzugsform kämen, sagte er. «Es ist nicht das Gleiche, eine Strafe zu Hause oder im Gefängnis zu verbüßen.»



Electronic Monitoring zwingt Delinquenten zum Hausarrest. KEY

Mit diesen Äusserungen erntet Bundesrat Blocher neuer Chefemter bei den Kantonen, die EM anwenden, Kopfschütteln. Dominik Lehner, Leiter Freiheitszentrum im Basler Justizdepartement, ver-

weist auf die wissenschaftliche Auswertung der Versuche. Sie zeigt, dass die Fussfessel sehr wohl als echte, einschneidende Strafe empfunden wird. Den «Strafcharakter» von EM hat im Übrigen

Electronic Monitoring (EM) wurde 1999 in Form von Modellversuchen in den sechs Kantonen Bern, Basel-Stadt, Baselland, Waadt, Genéve und Tessin eingeführt, vor drei Jahren zudem auch im Kanton Solothurn. Mit EM können kurze Freiheitsstrafen von einem bis zwölf Monaten verbüßt werden. Der EM-Einsatz ist zudem in der letzten Phase einer längeren Freiheitsstrafe als Vorbereitung auf die Entlassung möglich. Die Personen gehen weiterhin zur Arbeit, hinge-

gen werden ihre Freizeitaktivitäten am Abend und am Wochenende eingeschränkt. Die Auswertung der Versuche hat gezeigt, dass EM deutlich billiger ist als Gefängnis und eine bessere Resozialisierung ermöglicht. Im Kanton Bern haben bisher mehr als 700 Personen Freiheitsstrafen mittels EM verbüßt. Letztes Jahr waren es 173 Personen, die total 12 851 Vollzugsstage abgessen haben. Das entspricht 35 voll ausgelasteten Haftplätzen. (soh)

ELECTRONIC MONITORING

auch das Bundesamt für Justiz vor Leupolds Amtsantritt anerkannt. Auch den Einwand, Electronic Monitoring sei wegen der neu ins Strafrechtsgesetz aufgenommenen Sanktionsformen überflüssig, lässt Lehner nicht gelten: Die Fussfessel konkurrenzieren die gemeinnützige Arbeit nicht, sondern ergänze sie. Alkoholabhängige Personen seien oft nicht in der Lage, einen Arbeitsdienst zu leisten. EM sei in diesen Fällen die weitaus sinnvollste Vollzugsform, weil mit der Strafverbüßung gleichzeitig auch darauf hingewirkt werden könne, dass eine Präventionsfachstelle aufgesucht werde.

Die Berner Erfahrungen

Im Kanton Bern, wo bereits seit mehreren Jahren beide Vollzugsformen nebeneinander angewendet werden, haben sich diese Erfahrungen bestätigt. «Die Klientel bei Electronic Monitoring und gemeinnütziger Arbeit ist nicht die gleiche», sagt Martin Kraemer, Vizepräsident des kantonalen Amtes für Freiheitszentren und Betreuung, EM helfe zudem die Vollzugsituation entlasten, denn es sei nicht immer einfach, genügend geeignete Arbeitsplätze zu finden. Im Kanton Bern ersetzt die Fussfessel jedes Jahr immerhin 35 voll ausgelastete Haftplätze (siehe Kasten).

Sämtliche sechs Versuchskantone wollen Electronic Monitoring beibehalten. Andere, darunter Zürich und St. Gallen, lehnen EM mit Verweis auf die gemeinnützige Arbeit grundsätzlich ab. Die Frage hat die Kantone ungefähr hälftig gespalten. Den Bund gebremst hat vor allem das Nein der einflussreichen Zürcher.

Leuenberger statt Blocher

Ende Jahr läuft die Rechtsgrundlage aus. Wie es weitergehen soll, wird der Bundesrat deshalb nächsten entscheiden müssen. Gegen einen sofortigen Übungsabbruch spricht, dass die Kantone mit der erforderlichen Infrastruktur bereits Verpflichtungen fürs nächste Jahr eingegangen sind. Die Westschweizer Kantone haben sich zudem geschlossen gegen einen Abbruch gewehrt – notabene nicht beim zuständigen Bundespräsident Blocher, sondern bei Bundespräsident Leuenberger. Wahrscheinlich ist, dass den sieben Kantonen die Bewilligung vorerst ein weiteres Mal provisorisch verlängert wird.

SBB bauen 100 Stellen ab

Gewerkschaft protestiert gegen Sparpaket

Die SBB haben in der Verwaltung Sparpotenzial von jährlich 34 Millionen Franken geortet. Dies führt zu einem Abbau von 100 Stellen in den Bereichen Finanzen und Personalwesen. Zwei Drittel des Abbaus erfolge voraussichtlich über natürliche Fluktuation sowie sieben Frühpensionierungen, teilten die SBB gestern mit. Beim verbleibenden Drittel werde es keine Entlassungen geben, sagte SBB-Sprecher Roland Binz. Die Betroffenen würden bei der internen oder externen Stellensuche unterstützt.

Mit dem Personalabbau werden ab 2008 rund 14 Millionen Franken gespart. Weitere rund 20 Millionen Franken Einsparungen betreffen Sachkosten. Total beinhaltet das Sparpaket, das den Namen «Vera» trägt, laut Binz 57 Massnahmen. Dabei sollen Abläufe verbessert und Doppelpurigkeiten abgebaut werden. Es werden auch interne Leistungen gestrichen.

Neben Abbau auch Ausbau

Zum Sparprogramm gehört auch eine Änderung in der Informatik: Für Computer-Spezialisten, die bisher als externe Mitarbeiter für die SBB tätig waren, werden 30 Stellen geschaffen. Dies kostet das Unternehmen weniger, sagte Binz.

«Vera» ist nicht das erste Sparprogramm der SBB: Im Herbst 2005 etwa hatte das Unternehmen einen Abbau von 650 Stellen bei SBB Car-

go angekündigt. Beschlossen wurde das Sparpaket laut Binz wegen des Verlusts von 166 Millionen Franken im vergangenen Jahr. Die SBB müssten mit einer schlanken Organisation dazu beitragen, dass die Finanzen ins Lot kämen, sagte Binz. Die Genesung dürfe nicht nur mit der letzte Woche angekündigten Tarifierhöhung auf den nächsten Fahrplanwechsel herbeigeführt werden. Das würden die Passagiere nicht verstehen.

Das Einsparpotenzial ist aber noch nicht ausgeschöpft: Mit einem ergänzenden Sparpaket sollen laut Binz zusätzliche 10 Millionen Franken eingespart werden. Die Details des Pakets müssen aber noch von der Geschäftsleitung abgesegnet werden. Geht man von ähnlichen Rahmenbedingungen wie beim ersten Sparpaket aus (90% Sachkosten, 40% Personalkosten), dürfte es zu einem weiteren Abbau von bis zu 30 Stellen kommen.

Die Eisenbahnergewerkschaft SEV reagiert empört auf den Abbau: Der SEV akzeptiere das Sparprogramm nicht, weil nicht klar sei, wie der Gesamtarbeitsvertrag für das nächste Jahr aussehe, sagte Vizepräsident François Gatabin. Die Bedingungen für Teoranforderungen seien deshalb unbekannt. Der SEV werde darum von den SBB verlangen, das Projekt bis zum Abschluss der GAV-Verhandlungen auf Eis zu legen. (sda/for)

Risikoausgleich ohne Spareinlage

MANAGED CARE Die Gesundheitskommission des Ständerats hat die Debatte über Managed-Care-Modelle abgeschlossen. Mit fünf zu zwei Stimmen wurde die Vorlage angenommen und ist für die Wintersession bereit. Keine Mehrheit fand der Antrag, wonach in Managed-Care-Modellen erzielte Kosteneinsparungen in den Risikoausgleich fliessen sollten. Somit wären Versicherer entlastet worden. Unbestritten ist der Vorschlag, dass die Ärzte-Netze, die sich am finanziellen Erfolg oder Misserfolg beteiligen, weitergehende Leistungen zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung anbieten können. (ap)

Kein Konsens zu Blocher-Aussage

TÜRKEIREISE In der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats herrscht kein Konsens in der Beurteilung der Äusserungen, die Bundesrat Blocher während seiner Reise in der Türkei gemacht hat. Ein Teil erachtet sie als ausserpolitisch inopportun. Ein anderer Teil meint, dass die Frage der Reformbedürftigkeit der Antirassismenorm berechtigt sei. Blocher hatte in der Türkei die Antirassismenorm kritisiert und deren Änderung angekündigt. Er bedauerte, dass wegen dieser Strafnorm eine Strafrichterung gegen den türkischen Historiker Yusuf Halacoglu läuft. Dieser leugnet den Armenier-Genozid. (sda)